

Börse

SMI
10260 Punkte
-0.4%

Die Besten

Swiss Life N	+1.7%
Swiss Re N	+1.7%
UBS Group N	+1.3%

Die Schlechtesten

Roche GS	-1.6%
Richemont N	-1.1%
Alcon N	-0.9%

Dow Jones Ind.	Nasdaq Comp.
26'644 Punkte	10'489 Punkte
+2.1%	+1.0%

Euro in Franken	1.070	0.04%
Dollar in Franken	0.939	-0.24%
Euro in Dollar	1.140	0.28%
GB-Pfund in Franken	1.177	-0.90%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	42.91	-0.1%
Gold (Unze) in Dollar	1810.60	0.1%
Silber (Unze) in Dollar	19.40	-1.1%

Nachrichten

Rund 100 Postomaten ausser Betrieb

Betrug Postfinance wurde Opfer zweier erfolgreicher Manipulationsversuche von Postomaten. Daraufhin hat die Banktochter der Post rund 100 Geräte des gleichen Typs ausser Betrieb genommen. Aus sicherheitstechnischen Gründen wolle man zum aktuellen Zeitpunkt keine Einzelheiten bekannt geben. Die Post-Tochter betont, dass zu keiner Zeit Gefahr für Kundinnen und Kunden oder deren Geld bestand. (sda)

Clariant zahlt Busse von 156 Millionen Euro

Kartell Der Basler Chemiekonzern Clariant hat sich in einem Kartellfall mit den EU-Wettbewerbsbehörden geeinigt: Er bezahlt eine Busse von 155,8 Millionen Euro. Clariant, Orbia, Celanese und Westlake hätten sich beim Kauf von Ethylen abgesprochen, um den tiefstmöglichen Preis zu erzielen. Insgesamt zahlen die Unternehmen Bussen von 260 Millionen Euro. (sda)

Staatsschulden könnten Teuerung anschieben

Inflation Die wachsenden Staatsschulden könnten nach Einschätzung der Nationalbank die Inflation längerfristig anfeuern. Zwar werde die wirtschaftliche Erholung nach der Coronakrise Zeit brauchen, sagte Notenbank-Präsident Thomas Jordan am Dienstag. Entsprechend sei eine expansive Geld- und Fiskalpolitik weiterhin erforderlich. Gleichzeitig werde der starke Anstieg der Neuverschuldung die Schweiz, die mit niedrigen Staatsschulden in die Krise gegangen seien, lange beschäftigen. (Reuters)

Grossbritannien schliesst Huawei aus

Netzwerkausbau Der chinesische Technologiekonzern Huawei soll nun endgültig nicht am Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes in Grossbritannien beteiligt werden. Der Kauf von Huawei-Komponenten für Netzwerkanbieter in Grossbritannien soll von Ende dieses Jahres an verboten sein. Bereits verbaute Teile sollen bis 2027 entfernt werden, so Dowden. Grund für den Schritt sind nach Angaben der Regierung neben Sicherheitsbedenken auch die Folgen der kürzlich verhängten US-Sanktionen gegen Huawei. (sda)

Nach Protest: Spitäler müssen nur die Hälfte bezahlen

Wirbel um Axsana Das elektronische Patientendossier kommt nicht vom Fleck. Der grösste Anbieter verrechnet den Spitälern Leistungen, die es noch gar nicht gibt. Diese wehren sich – mit Erfolg.

Dominik Feusi

Ab dem Frühling – rechtzeitig zum Ausbruch der Corona-Krise – hätten Patientinnen und Patienten schweizweit ein elektronisches Patientendossier eröffnen können sollen. So war es vom Gesetz und vom Bundesamt für Gesundheit vorgesehen. Das Ziel: Ärzte, Spitäler, Apotheken und andere Gesundheitsfachleute sollten rasch und einfach die Krankengeschichte eines Patienten durchsehen und so Fehler und Kosten vermeiden können. 13 Jahre nach dem Startschuss des Bundesrats.

Jetzt ist unklar, ob das je möglich wird. Die Einführung des elektronischen Patientendossiers, aber auch dessen «langfristige Zielerreichung» sei infrage gestellt, schreibt die Eidgenössische Finanzkontrolle. Sie ist das unabhängige Prüforgan des Bundes. Grund sei das Fehlen einer «zielgerichteten Steuerung» des Projekts.

Der Bericht wurde schon im vergangenen Sommer erstellt, aber erst kürzlich veröffentlicht. Damals, so heisst es im Bericht, behauptete das Bundesamt für Gesundheit noch, man werde das Patientendossier im April 2020 flächendeckend anbieten. Im März dieses Jahres verschob SP-Gesundheitsminister Alain Berset den Termin jedoch auf den «Herbst», weil keiner der Anbieter in der Lage war, eine pfannenfertige Lösung zu entwickeln. Jetzt schreibt das Bundesamt für Gesundheit auf Anfrage, es werde Frühjahr 2021.

Alles ist viel komplizierter

Probleme macht vor allem die Zertifizierung der Informatik. Sie ist noch im Gang. Die Firma SQS testet die Lösung des grössten Anbieters in der Deutschschweiz, der Axsana AG. Gleichzeitig testet der Bund, ob die Firma SQS die Zertifizierung richtig durchführt. Und beides kommt nicht vom Fleck. Axsana ist eine Gründung des Kantons Zürich und machte vor einem Jahr Schlagzeilen: Durch Recherchen dieser Zeitung wurde bekannt, dass der damalige Zürcher FDP-Gesundheitsdirektor und gleichzeitige Axsana-Verwaltungsratspräsident Thomas Heiniger Druck aufsetzte, damit möglichst alle Spitäler der Deutschschweiz bei Axsana mitmachen. Und wie er eine Rückzahlung eines Darlehens an den Kanton Zürich hinauszögerte.

Axsana gewann in verschiedenen Kantonen Ausschreibungen, indem sie die komplette Integration der Patientendossiers in die Kliniksoftware der Spitäler versprach – viel mehr, als das Gesetz eigentlich verlangt. Nach dem Entscheid der Spitäler für Axsana war davon allerdings nicht mehr die Rede. Und jetzt ist Axsana nicht in der Lage, die Minimallösung gemäss Gesetz rechtzeitig zu liefern.

Spitäler wehren sich

Die Verzögerung hinderte Axsana nicht daran, ihren 161 angeschlossenen Spitälern in den vergangenen Wochen eine Rech-



Der ehemalige Zürcher Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger ist Präsident der Axsana. Foto: Tom Kawara

nung über 80 Prozent der vorgesehenen Grundgebühr zu senden. Zahlreiche Spitäler sind nicht damit einverstanden, dass sie für etwas zahlen sollen, das noch gar nicht funktioniert.

«Das als Fortschritt angepriesene System ist bloss ein PDF-Friedhof.»

Andreas Gattiker
Direktor Kantonsspital Obwalden

Eines davon ist das Kantonsspital Obwalden, wie dessen Direktor Andreas Gattiker bestätigt: «Axsana hat die vertraglich abgemachte Leistung nicht erbracht, darum werden wir die Rechnung vorderhand nicht bezahlen.»

Die Spitäler haben in einem Knebelvertrag alle Rechte und Pflichten «unwiderruflich» an

Axsana abgetreten. Gattiker könnte notfalls den Vertrag kündigen und sich einer anderen Stammgemeinschaft anschliessen.

«Gigantische Fehlinvestition» Das Kantonsspital Obwalden ist mit seiner Kritik nicht allein. Mindestens 22 weitere Spitäler haben sich bei Axsana beschwert, wie der Vertreter eines der betroffenen Spitäler bestätigt.

Ein anderes Spital, das nicht genannt werden will, erhielt eine Antwort von Axsana-Geschäftsführer Samuel Eglin. Er könne die «Irritation» verstehen, schreibt er darin, aber bei den «verrechneten Leistungen handelt es sich allerdings nicht nur um die Nutzung eines operativen Systems». Mit anderen Worten: Die Spitäler müssen bezahlen, auch wenn noch gar nichts funktioniert.

Die Rechnung an das kleine Kantonsspital Obwalden beträgt gemäss Gattiker 30'000 Franken. Bei grösseren Spitälern stelle Axsana offenbar mehrere Hunderttausend Franken in Rechnung. Dies für eine noch nicht zertifizierte Lösung, bei der bloss PDF-Dateien wie Austrittsberichte, Röntgenbilder oder Medika-

mentenverordnungen abgelegt werden.

«Bei älteren oder chronisch kranken Patienten sind das schnell einmal mehrere Hundert Seiten, die kein Arzt durchsuchen wird», sagt ein Mediziner, der bei einer Vorstellung der Software dabei war. «Technisch ist das Patientendossier eine gigantische Fehlinvestition», findet auch Andreas Gattiker. «Das als Fortschritt angepriesene System ist bloss ein PDF-Friedhof.»

Mit diesen Vorwürfen konfrontiert, weicht Axsana-Geschäftsführer Samuel Eglin konkreten Fragen aus. Axsana setze sich in ihrem Einflussbereich dafür ein, in diesem schwierigen Umfeld die Einführung und die langfristige Etablierung des Patientendossiers möglich zu machen.

Geht bald das Geld aus?

Am Montag, nachdem Axsana von den Recherchen erfahren hatte, erliess die Firma jenen Spitälern, die noch nicht bezahlt haben, die Hälfte der Rechnung. Dies werde, schreibt Geschäftsführer Eglin in einem Mail an die Spitäler, allerdings zu einer «empfindlichen Ertragsminde-

rung» führen. Wie hoch diese sein wird, will er nicht sagen.

Doch die finanziellen Schwierigkeiten von Axsana sind nicht neu: Zwei Informatikverantwortliche von Spitälern, die Einblick in das Projekt von Axsana haben, vermuten unabhängig voneinander und vor diesem Entscheid, dass Axsana das Geld ausgeben könnte. Eine dritte Quelle bestätigt dies. Vergangenen Herbst musste die Firma einen Kredit des Kantons Zürich zurückzahlen. Und die Unterstützung durch Bundesgelder ist aufgebraucht.

Der Geschäftsbericht 2019 enthält keine Bilanz, und auch auf Nachfrage legt Axsana ihre finanzielle Situation nicht offen. Sie beantwortet keine Fragen, obwohl sie gemäss eigenen Angaben bis 2022 insgesamt 23,5 Millionen Franken Steuergelder ausgeben wird.

Geschäftsleiter Samuel Eglin schreibt im zitierten Mail, man werde auf andere Kostenträger zugehen. Damit dürften vor allem die elf Kantone gemeint sein, welche Axsana mittragen, darunter Zürich, Bern, Luzern, Basel-Stadt und Baselland. Verwaltungsratspräsident Thomas Heiniger selber nahm keine Stellung.

Fakt!

Unsichere Zeiten brauchen sichere Informationsquellen.
Deshalb versorgen Sie Zeitungen rund um die Uhr
mit allem, was Sie jetzt wissen müssen. Gedruckt und digital.

Bleiben Sie gesund und gut informiert!

Tages-Anzeiger

Eine Initiative des Verbandes SCHWEIZER MEDIEN